

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1913. Nr. 72.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Druckpreis für Halle und Umgegend 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Ausland 3.50 M. Die halbesche Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Beilagenbeil.), 24. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Samst. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren für die halbesche Zeitung: Hallesche Zeitung für Halle u. Umgegend 20 Pf., außerhalb 30 Pf. — Resten am 6. März bei rationellen Käufen bis 100 Hg. Abgabegebühren bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Anzeigenexpeditionen in

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61. 62.
Telephon 8108 u. 8109; Redaktions-Telephon 8110.
Verleger: Dr. iur. Dr. Strassner, Halle (Saale).

Mittwoch, 12. Februar 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Ann. Kurfürst Str. 6290.
Druck und Verlag von Otto Ehrlich, Halle (Saale).

Zur Verlobung im Kaiserhause.

Die Verlobung der einzigen Tochter des Kaiserpaars, der Prinzessin Viktoria Luise, mit dem Prinzen Ernst August wird in der Presse der sämtlichen bürgerlichen Parteien Deutschlands sehr sympathisch begrüßt. Selbst aus dem Auslande liegen schon mehrere Telegramme vor, die gleichfalls ihre Freubildung mit der Verlobung zum Ausdruck bringen. Der Glückwunsch der „Nordd. Allg. Ztg.“ folgender Wortlaut: „Treu Glück und Segenswünsche begleiten überall in Preußen und im Deutschen Reich den Bund, der sich am Sonntag geknüpft hat. Von zärtlicher Elternliebe umhüllt, hat Prinzessin Viktoria Luise die glücklichste Kindezeit, die heiterste Jugend verlebte. Mit untrügender Freude haben die kaiserlichen Eltern die einzige Tochter zur Jungfrau heranführen lassen. Mit sorgender Liebe beruht sie der Tochter den ferneren Lebensweg, indem sie ihr den Personensinn gewährt. Mögen sich alle frohen Hoffnungen auf die reiche Erfüllung, die an diesem bedeutungsvollen Tage die Herzen der hohen Eltern und des fürstlichen Brautpaares bewegt! Das Verlobnis fällt in ein erinnerungsreiches Jahr. Mehr als sonst sind unsere Blicke und Gedanken auf die Vergangenheit unseres Volkes, auf unser gemeinsames geschichtliches Werden gerichtet. In einem solchen Jahr wird man auch das nicht als geringe Frucht bewerten, daß es uns die Verlobung zweier der ältesten deutschen Fürstentümer bringt. Den Tag, der Hohenzollern und Welfen zum enghen Familienbunde zusammenführt, umweht eine tiefe, überall empfundene historische Bedeutung. Um so voller erklingt der Glückwunsch der Nation:

„Heil und Segen dem fürstlichen Brautpaar!“
Wie wir erfahren, hat Prinz Ernst August zu Braunschweig und Venedig, der Verlobte der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen, um seine Aufnahme in die preussische Armee gebittet. Der Kaiser und Königin wollen, diesem Wunsch nachgehen, den Prinzen in das 3. Jäger-Regiment zu Garde einstellen, in das Regiment, welches sein Großvater und Urgroßvater zum Chef hatte.

Die politische Seite der Verlobung ist allem Anscheine nach noch nicht endgültig geregelt. Es heißt, daß der Herzog von Cumberland den Verzicht auf Hannover nicht ausgesprochen hat. Dadurch wird auch eine Regierung seines Sohnes in Braunschweig ausgeschlossen bleiben, und wir können dann doch vor der Tatsache, daß die Tochter des deutschen Kaisers sich einem Prinzen verlobt, der durch Bundesratsbeschluss zur Ausübung der Regierung in einem deutschen Bundesstaate nicht zugelassen ist. Und diese Tatsache bedeutet allerdings eigenartige Verhältnisse. Man denke, daß die weisliche Agitation sich auf Ziele richtet, deren Erreichung ohne die Vertrimmerung Preußens ausgeschlossen ist, daß aber der Vater desjenigen, dem die Tochter des kaiserlichen Königs die Hand zum Personensinn reicht, der einzige ist, der durch sein Verlobnis an vermeintlichen Rechten dieser Agitation Sinn und Inhalt gibt. Das kann nur zur Verwirrung der Begriffe beitragen und den Arm derer lähmen, die verpflichtet sind, jeder staatsfeindlichen Bewegung mit der gebotenen Strenge entgegenzutreten. Unter diesen Umständen will es doch fraglich erscheinen, ob es nicht richtiger gewesen wäre, den Verzicht des Cumberlanders nur unter der Bedingung der jetzt angeknüpften Familienverbindung zu machen.

Der mangelnde Verzicht des Cumberlanders scheint in der Tat noch Hindernisse bereiten zu sollen. Der „Lof.-Anz.“ schreibt: „Die Verhandlungen wegen der Thronfolge in Braunschweig sind gefordert von denen über eine Familienverbindung zwischen dem kaiserlichen Hohenzollern und Cumberland geführt worden. Es bleiben noch verschiedene Fragen zu erledigen. Damit hängt wohl auch die bevorstehende Reise des Herzogs-Prinzen von Braunschweig nach Karlsruhe zum Besuche des Prinzen Max von Baden zusammen, der in dieser ganzen Angelegenheit der Hauptvermittler zwischen Berlin und Gmunden gewesen ist. Eine definitive Lösung der Thronfolgefrage dürfte in den nächsten Tagen des Herzogs Ernst August von Cumberland nicht erfolgen.“

Während der Kaiser auf seiner Rückreise von Wien, wohin das Herzogs-Prinzpaar von Cumberland demnach überseht, mit diesem zusammenzutreffen. Der Herzog ist augenblicklich nicht in Karlsruhe; er hat am Montag seinen neuen Kammerherrn Freiherrn v. Scheele aus Hannover im Gmunderner Schloß empfangen.

Die neuesten Meldungen lauten:
Der Kaiser ist gestern abend 7 Uhr 20 Min. mittels Sonderzuges von Karlsruhe nach Berlin abgereist. Der Großherzog von Baden und Prinz und Prinzessin Max von Baden haben ihm das Geleit zum Bahnhof. Auf dem Bahnhofsplatz waren zur Begrüßung ferner erschienen der kommandierende General des 14. Armeekorps General der Infanterie v. Göttingen gen. Suene und der preussische General von Eifenberger. Nach nochmaliger herzlichster Begrüßung vom Großherzog bestieg der Kaiser den Salonwagen.

Die „Reichs-Beilagen-Zeitung“ erhält von ihrem Straßburger Mitarbeiter, für dessen absolute Unberücksichtigung sie sich verbürgt, folgende Aufsehen erregende Mitteilung: Von hochstehender Seite erfahre ich, daß der zukünftige Gemahl der Prinzessin Viktoria Luise berufen sein soll, die Statthaltertschaft in Elsaß-Lothringen anzutreten, falls Graf von Wedel, der von 1860 bis 1886 welfischer Offizier war, seines verantwortungsvollen Amtes in absehbarer Zeit mißbehalten sollte. Für die Regentenschaft in Braunschweig löse nach Mitteilung derselben hochstehenden Personlichkeit — solange der junge Prinz durch den nicht erreichten Verzicht seines Vaters auf Hannover an dem Antritt der Regierung verhindert ist, Prinz Adalbert von Preußen in Frage kommen.

Die „Deutsche Volksztg.“, das Suborgan der deutsch-hannoverschen Partei, bemerkt zu der Verlobung des Prinzen Ernst August mit der Prinzessin Viktoria Luise: Wir begrüßen auch unter dieser die Nachricht mit lebhafter Freude, möchten uns jedoch jeder weiteren Bemerkung, solange enthalten, bis uns eine offizielle Benachrichtigung aus Gmunden zugegangen sein wird.

Keine Humanitätsduselei.

Wieder einmal hat ein Teil unserer Presse gegen die elementaren Grundzüge der Realpolitik verstoßen, indem er sich auf Grund unbeglaubigter und unbewiesener Nachrichten über Ausbreitungen entsetzte, die angeblich von den Griechen im Kriegesgegen die Türken begangen sein sollen, und dagegen vom Standpunkte sogenannter Humanität lärmend Verwahrung einlegte. Jeder Krieg, besonders wenn dabei harte nationale Verhältnisse und lang verhaltenen religiöser Fanatismus zum Ausbruch gelangen, wird hüten wie drüben Vergangenes zeitigen, die auf zarte Gemüter den Eindruck erbarmungsloser Härte und wilder Wohheit machen. Aber zu leichtfertiger Ungerechtigkeit und einseitiger Parteinehme dürfen Sentimentalität und Mitleidigkeit nicht verleiten, zumal ohnehin die Gefahr besteht, daß sensationellere Kriegsberichte statt das Grauliche des Krieges noch aufzuheben und veralgemeinern, um so effektvoller wie möglich zu wirken.

Die deutsche Presse sollte so viel Verantwortlichkeitspflicht besitzen und so viel nationale Disziplin üben, um sich vor jenem Fehler zu hüten, vor dem Fürst Bismarck laut vor 25 Jahren im Reichstag mit den Worten gewarnt hat: „Nebst Land ist auf die Dauer doch für die Feindes, die seine Presse einschlägt, irgend einmal Verantwortung; die Rechnung wird an irgend einem Tage präsentiert in der Vernehmung des anderen Landes.“

Eine solche Verflimmung tritt heute schon in Griechenland zu Tage. In ihm wird es als schwere Kränkung des Nationalbewusstseins empfunden, daß deutsche Blätter über unerhörte Grausamkeiten, die griechische Meer in Saloniki und an anderen Stellen des Kriegsschauplatzes verübt haben soll, die aber von berufenen Stellen sehr entschieden in Abrede gestellt werden, lautes Geschrei und heftige, einseitige Beschuldigungen erheben. Die Griechen leben das als Ausdruck feindseliger Gesinnung an. Es wäre nicht zu verwundern, wenn sie in dieser Auffassung die Feindseligkeiten ihrerseits erwidern, wenn sie auf wirtschaftlichem Gebiete nach Verletzung zu sehen, sich fragen: Warum sollen wir den Deutschen, die uns ungerecht behandeln, uns verdächtigen und unter nationalen Ansehen herabsetzen, dafür noch ferner ihre Waren abkaufen? Um so weniger sollten wir Deutsche uns den Zornus leisten, unbegründeter und unüberwiesener Griechen zu verstimmen und zu reizen, als es überaus entmidlungsfähige wirtschaftliche Interessen sind, die wir auf dem Balkan und insbesondere in Griechenland zu pflegen haben, zu dem auch die Millionen Griechen zählen, die in der asiatischen Türkei wirtschaftlich tätig sind. Griechenland ist ein jugendfräftiger aufsteigender Staat, dessen Wirtschaftslieben gerade nach dem Kriege lebhaftere Impulse empfangen wird. Es hat eine Zukunft, die unser Exporthandel und unsere Exportindustrie sorgsam im Auge zu fassen haben. Es streift auf vielen Gebieten sichtbar vorwärts, und die türkischen Landestheile, die ihm vorausschicklich als Siegespreis zufallen, werden unter dem griechischen Szepter, unter der ungleich besseren griechischen Verwaltung zu höheren wirtschaftlichen Leistungen gebracht und für deutsche Arbeit aufnahmefähiger werden als unter der Fortbauer der türkischen Herrschaft. Statt die Griechen ohne Anlaß vor den Kopf zu stoßen und die handelspolitischen Beziehungen mit ihnen zu erschüttern, sollten wir in Deutschland bedacht sein, uns durch Entgegenkommen, a. B. durch Gewährung der duldsamen Handelsbescheinigungen auf dem griechischen Markte vor den anderen Wettbewerbern einen Vorprung zu sichern und so die Verluste, die während des Krieges die deutsche Ausfuhr nach dem Balkan erleiden mußte, wieder wettzumachen.

Der letzte Entscheidungskampf.

Die Türken sind doch ganz verflüchtigte Kerle — so dachte man in den letzten Tagen, als die Konstantinopeler „Siegesnachrichten“ eingingen, die ein andauerndes Zurückweichen, ein Verdrängen und Verdrängen der Bulgaren über das andere feststellten. Das war aber alles gelogen wie gedruckt, so daß die Bulgaren sich veranlaßt sehen, heute folgende amtliche Mitteilung zu veröffentlichen: Seit der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten verbreiten die Türken, getreu ihren traditionellen Praktiken, unausgesetzt Nachrichten über großartige Erfolge der türkischen Truppen und im besonderen über Landungen längs der Küste des Marmara- und des Schwarzen Meeres. Wenn man diesen Nachrichten glauben wollte, wäre die türkische Armee an allen Punkten des thrakischen Kriegsschauplatzes siegreich. Angehts dieser tendenziösen Nachrichten und um ein für allemal den in Konstantinopel erfindenen Fabeln ein Ende zu setzen, erklärt das bulgarische Hauptquartier kategorisch, daß bisher mit Ausnahme von Rodina und Tschakof, wo die Türken mit den bekannten Verlusten zurückgeschlagen wurden, kein Landungsversuch unternommen worden ist. In der Tschakofschalme ist es am feinsten bedeutenderen Aufmarsch geformt. Was die Halbinsel Gallipoli betrifft, genügt es zu sagen, daß die Türken in der Schlacht von Bulair mehr als 15000 Tote und Vermundete hatten, um zu verstehen, wie lächerlich es ist, von türkischen Erfolgen in dieser Zone zu sprechen. Die Türken können imaginaire Siege melden, das wird an ihrer Lage in diesem Kriege nichts ändern, die europäische Öffentlichkeit wird sich nicht täuschen lassen.“

Ueber die Kämpfe von Bulair wird aus bulgarischer Quelle geschrieben: König Ferdinand, auf den die unerlöschende Galtung der siebenten Division (Milo), die in den Kämpfen von Bulair allein sechs feindliche Divisionen, die von der Artillerie der türkischen Flotte unterstützt wurden, in die Flucht schlug, diesen Eindruck gemacht hat, hat den Truppen dieser Division den Dank ausgesprochen und sie zu ihrer Tapferkeit beglückwünscht. Ergänzenden Berichten zufolge nahm dieser Kampf für die türkischen Truppen katastrophale Dimensionen an. Bis jetzt wurden 2500 türkische Leichen durch die Bulgaren beerdigt. Mehr als 3000 liegen noch auf dem Schlachtfeld. Die in Tschakof gelandeten türkischen Truppen waren ungefähr zwei Divisionen stark. Die Landung dauerte zwei Tage, am Morgen des dritten Tages wurden die Türken von 6 Uhr früh an von den bulgarischen Truppen mit großer Heftigkeit angegriffen. Gegen 3 Uhr nachmittags wurden die Türken umzingelt, ergriffen in Panik die Flucht und erreichten unter dem Feuer unserer Infanterie und Artillerie nur mit Mühe und Not das Meereseufer. Die Wiedererrichtung vollzog sich in großer Unordnung unter dem Schuge der Geschütze der türkischen Schiffe, die sodann mit den geschlagenen Truppen eilig davonzogen. Die kühne Galtung der bulgarischen Gebirgsartillerie, die während des Angriffs ihre Geschütze gegen die Küste vorführten und durch Schrapnellfeuer die Wiedererrichtung der Türken beträchtlich erschwert, ruft Bewunderung hervor.

Von der Tschakofschalme.
Die bulgarischen Truppen zogen sich fünf bis sechs Kilometer weit in neue Stellungen zurück, nachdem sie bei Tschakof die Angriffe der Türken auf der ganzen Linie zurückgeschlagen hatten, ausgenommen auf dem äußersten rechten Flügel, wo die Truppen dem Kreuzfeuer der türkischen Schiffe im Marmarameere und im Golfe von Bujuk Tschakofschalme ausgesetzt waren. Die Verluste der Bulgaren sind unbedeutend, die der Türken sollen groß sein.

Eine amtliche Mitteilung des türkischen Kriegsministers besagt: Seit vorgestern ist auf dem rechten Flügel von Tschakofschalme keine Veränderung eingetreten. Dieser trieb den Feind in der Richtung auf Afalon zurück. Bei einem Angriff einer aus Freiwilligen des linken türkischen Flügels bestehenden Erkundungsabteilung erlitt der Feind eine Niederlage. Die Erkundungsabteilung drang in Tschakofschalme ein und besetzte die Stadt. Der Feind räumte die Höhen von Buluf, die Tschakofschalme im Westen beherrschten. Die türkischen Streitkräfte, die sich in Papasburga festgesetzt haben, nahmen auch die westlich dieser Stadt gelegenen Höhen ein. Nur zehn Bulgaren konnten sich retten. Die türkische Kanallerie hat Bogados besetzt. Die Bulgaren ziehen sich in westlicher Richtung zurück.

Aufstand gegen den Finmarck der Bulgaren in Konstantinopel.

Dem „Bester Lloyd“ wird von Wiener eingeweihter Stelle gemeldet, daß das Petersburger Kabinett noch in letzter Stunde seine Bulgarien unter gewissen Bedingungen erteilte Erlaubnis zum Einmarsch in Konstantinopel zurückgezogen und ihm erklärt habe, es solle den Finmarck unterlassen. Anknüpfend befrüchtete man in Petersburg, daß der wachsende Einfluß der Militärpartei die bulgarische Regierung zwingen könnte, die ursprünglichen Abmachungen nicht

einzuhalten und sich in Konstantinopel häuslich niederzulassen

Im Adrianopol.

Die türkischerseits amtlich bekannt gegeben wird, unternehm am 9. d. M. eine starke feindliche Abteilung einen Unfall aus Adrianopol und befehligt nach einem Bajonettangriff die feindliche Stellung auf der Seite von Daliden, wobei dem Feinde beträchtliche Verluste beigebracht wurden.

Da Bulgarien sich weigert, ein Stadtviertel Adrianopols zum Schutze der Fremden während der Belagerung für neutral zu erklären oder den Fremden das Verlassen der Stadt zu gestatten, hat Frankreich sich von neuem in dringender Form darauf bestanden, daß seine Staatsangehörigen die Erlaubnis zum Verlassen Adrianopols erteilt werde.

Eine neue Volksliste-Konferenz.

Die Vorkonferenz hat gestern nachmittag in London zu einer Sitzung zusammengetreten.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 11. Februar 1918.

Am Bundesratsstische: Zunächst Geheimrat Eymann. Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr mit folgender Ansprache: Eine freundliche Wotthoff geht durch das Reich. Die einzige Todler unseres Kaiserpaars, Prinzessin Viktoria Luise, hat sich mit dem Prinzen Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Göttingen, verlobt. Ich erlaube mir, die Ermächtigung, zu diesem glückwünschenden Ereignis Seiner Majestät dem Kaiser, Ihrer Majestät der Kaiserin, sowie dem hohen Verlobten die Glückwünsche des Reichstages auszusprechen zu dürfen.

Die Mitglieder des Reichstages, die sich, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, von den Sitzen erhoben hatten, nickten lebhaft zu.

Auf die Anfrage der Abg. Dr. Müller-Meiningen, Pösching und Dr. Wiemer (Vorfrh. Wpt.) über die Vordänge anlässlich des Zustandekommens der sinesischen Gesandtschaft-Anträge erwiderte

Geheimrat Eymann: Die sinesische Regierung hat in Verbindung mit der Anleihe der Stellung von drei ausländischen Beratern zugestimmt und für diese einen Vertrag, einen Italiener und den Deutschen Nopp vorzulegen. Es ist darauf hingewiesen worden, daß dabei die eigentlichen Gelehrten abgesehen von Deutschland — unberücksichtigt bleiben würden. Es sind daher unter den beteiligten Rabineten Verhandlungen darüber eingeleitet worden, in welcher Weise die Beraterposten unter die eigentl. geliebenden Mächte zu verteilen seien. Die Verhandlungen haben bisher nicht zum Abschluß gelangt. Es darf betont werden, daß sich die Einwendungen in keiner Weise gegen die Vermittlung des Deutschen Rump richten.

Es folgte die namentliche Abstimmung über die mit dem Gesandtschaftsreferat verbundenen Vorarbeiten der Reichsregierung bei der Reichsregierung von den Sozialdemokraten beantragte Resolution, welche verlangte, daß in derselben Weise wie für die großen Städte die Einfuhr von frischem Fleisch und Schlachtvieh in allen Gemeinden zugelassen werde.

Die Resolution wurde mit 173 gegen 162 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Darauf wurde die Resolution Wöhl (Vorfrh. Wpt.) wegen wissenschaftlicher Erforschung der Mikrowirkung angenommen. Bei der Abstimmung über die Resolution Albrecht (Soz.) betreffend Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Verhältnisse des Krankenpflegepersonals ergab sich durch Ausübung der Ablehnung. Die Resolution der Polen auf Unterzeichnung der gesundheitslichen Verhältnisse der Bergarbeiter und der gesundheitslichen Vorkehrungen auf den Bergwerken überließens gelangte zur Annahme; ebenso die Resolution Albrecht (Soz.) auf Unterzeichnung der gesundheitslichen Verhältnisse der Bergarbeiter und der gesundheitslichen Vorkehrungen auf den Bergwerken des Reiches.

Darauf folgte das Haus die Spezialberatung des Etats für die Reichsfinanzverwaltung fort.

Abg. Hilgendorf (Natl.): Die allgemeine Behauptung, daß die Richter unfähig seien, sich von überkommenen Anschauungen freizumachen, müssen wir immer und immer wieder mit größter Entschiedenheit zurückweisen. Die vorkommenden Fehler sind vereinzelt und dulden keine Verallgemeinerung. Der Gedanke der freien Beweiswürdigung ist leider noch nicht bei allen unseren Richtern in Fleisch und Blut übergegangen. Eine ganze Menge von Urteilen ist rein formaler Art und findet deswegen wenig Verständnis im Volk. Zu einer modernen Kameralistik ist das System der Schöpfung der überkommenen Anschauungen. Ich bitte den Staatssekretär, die wichtigsten Fragen seine Aufmerksamkeit zu schenken. Es kann nur auf dem Wege der Gesetzgebung geholfen werden in Form der Eintragung der überlegungen, also Einführung der Regierpflicht. Eine weitere wichtige Frage ist die der Erziehungspflicht gegenüber dem Gläubiger und die Frage des Offenbarungseides. Den Resolutionen Warmuth-Kreutz und Weger stimmen wir zu. Es mußte endlich an eine gesetzliche Regelung der Reichsfinanzverwaltung der Berufsvereine gegangen werden. Ich bitte die, der Resolution Schiller über die Ansetzung amtlicher Verfügungen zuzustimmen. Die Bedürfnisverordnung für Rechtsanwältinnen ist 1879 geschaffen worden. Seitdem ist aber alles leerer geworden. Eine großartige Strafrechtsreform ist notwendig.

Abg. Dr. Fietz (Vorfrh. Wpt.): Bei der Eintragung des Bundes der Gewerkschaften ist durch die Gesetzgebung verfahren worden. Als Mann der Presse und des Schrifttums möchte ich gegen einige meiner Grundsätze zu Unrecht ergangene Anschauungen gegen die Presse Stellung nehmen. Man klagte über die Art, in der Verbrechen in einem Teil der Presse behandelt werden. Diese Klage ist berechtigt. Es geht aber zu weit, wenn man der Presse verbieten will, über Verbrechen, die die Allgemeinheit interessieren, etwas zu bringen. Manche Blätter behandeln allerdings die Prozesse in einer Weise, die der Würde des Gerichts, der Presse und der Gesamtheit nicht angemessen ist. Leider partizipieren an diesem Unfug Blätter bürgerlicher Richtung, die müssen, zu den höchsten Reichsrichtern zu gehören. Es ist nicht die Presse der Sozialdemokratie, es sind auch nicht die Blätter der Rechten, die Zentrum und auch nicht die liberalen Parteiblätter, es sind Blätter, die aus der Parteiloyalität ein Geschäft machen, und deren einzige Rücksicht die auf die Momente und deren Gesinnung ist. Ich freue mich der Ankündigung eines Entwurfs, der den Kampf gegen Schmutz und Schand durch Schrifttum und Kunst aufnehmen soll. Die betreffenden Gesetze genügen noch nicht. Es gibt jetzt eine Art Literatur, die es versteht, sich mit einem Wästelchen zu umhüllen. Sieht man später hin, so ist es lediglich Schmutz und Schand, und Kunst und Wissenschaft wird dadurch mitproletisiert. Der Redner ging dann auf die Verhältnisse in sein fortwährend erweitertes Gebiet des Urheberrechts.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vorfrh. Wpt.): Die letzte Gesetzgebung ist vollkommen genöhd. Es hebt ein Gesetz gegen

die Schundliteratur vor. Eine Definition dieses Begriffs wird sehr schwer sein. Die Schundliteratur bekämpfen wir auch, aber es muß die richtige Grenze zwischen Schund und Kunst gezogen werden. Was das Urheberrecht betrifft, so hat der Abg. Dr. Fietz ungewißheit über die Art, das Urheberrecht zu wenig die Persönlichkeit des Urhebers schütze. Es ist darauf hingewiesen worden, daß in Deutschland heute zwölf Personen bestraft sei. Ich glaube, daß nicht alle Straftat der Richter ist, sondern auch ein Strafmaß. Unwissenheit werden viele Sünden der Gesetzgebung den Richtern zur Last gelegt. Die Richter haben oft die Disparitäten zwischen Gesetzgebung und Vollstreckung zu beseitigen. Die Kassationsinstanz hat keine Rechte, die auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet sind, sondern sie sind ideale Kerne.

Staatssekretär Dr. Wöhl: Wenn das Parlament für die Unabhängigkeit des Richtertages eintreten will, so wird mich das Parlament darin nicht überlassen. Im Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz vom 1899 Art. 8 heißt es: Die Gerichte, die Beamten der Staatsanwaltschaft, die Polizei und die Gemeindebehörden, wie die Notare haben von den zu ihrer amtlichen Kenntnis gelangenden Fällen unrichtiger Eintragung oder Nicht-eintragung in das Bundesregister Mitteilung zu machen. Eine solche Mitteilung hat der Minister des Innern beabsichtigt und weiter nicht. Ein Gesetzentwurf über das Weberantragsverfahren ist fertiggestellt, unterliegt aber noch der weiteren Beratung, und ich kann nicht sagen, wann er an den Reichstag gelangt wird.

Abg. Weine (Soz.): Wir haben keine Veranlassung, einen weiteren Gesetzesentwurf zu bewilligen. Ein neues, verbessertes Prebendal ist schon seit Jahren von uns gefordert worden. Bei Prozessen mit politischem Einschlag vermögen sich die Richter von ihren Vorurteilen meist nicht frei zu machen. Es wird immer nur ein Unabnahme fall, wenn ein Verdrößer sich auf dem Richterstuhl einnistet.

Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

Abg. Wöhl (Natl.): Ich muß mich entschließen wiederzusprechen, als ob ich bei der Ablehnung des letzten Gesetzesworts ein verdrödete Aktion des Zentrums und der Sozialdemokratie handelt.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Scherminstag. Schluß 7 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 11. Februar 1918.

Am Regierungstische: Minister v. Breitenbach. Vizepräsident Dr. Kranke eröffnete die Sitzung um 10 1/2 Uhr mit einer Ansprache, in der er die Ermächtigung erbat, aus Anlaß der Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise mit dem Prinzen Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Göttingen, dem Kaiserpaar, dem hohen Brautpaar und dem Vater des Brautigams, dem Herzog von Cumberland, die Glückwünsche des Hauses zu übermitteln. (Ausschreitend) Das Haus hörte die Ansprache stehend an und erklärte sich mit dem Vorschlage einverstanden.

Das Haus setzte darauf die Spezialberatung des Etats der Finanzverwaltung fort.

Abg. Dr. Glatfelter (Zentr.) trat für die Kanalisierung der Mosel und der Saar ein und erklärte, es werde ein schönes Jahresblatt in der Geschichte unseres Verkehrsministeriums nicht, wenn durch den leistungsfähigen Kanal das wichtigste Erzeugnis Europas mit dem größten Kohlengebiet verbunden werde.

Abg. v. Steinacker-Zier (Zentr.) schloß sich dem Vorredner an und forderte auf, daß der Ausbau der Wasserstraßen von großer militärischer Bedeutung sei für den Transport von Kriegsvorräten und Munition sowie die Wasserwege besonders geeignet.

Abg. Wöhl (Natl.): Wir Deutsche im Westen unseres Vaterlandes haben denselben Anspruch auf das Wohlwollen der Regierung und auf die Berücksichtigung unserer industriellen Interessen wie der Nordwesten und Oberhessen. Der Güterverkehr im rheinischen Industriegebiet hat sich in den letzten vier Jahren annähernd um 100 Prozent gesteigert. Ich halte es für durchaus unmöglich, den gesteigerten Verkehr unter Interdizierung der Mosel- und Saarkanalisierung nur auf dem Wege der Eisenbahn zu bewältigen. Es scheint mir vielmehr noch wünschenswerter, ein selbständiges Rheintal-Schiffahrtsweg stellen die Frage zur Entscheidung, ob im Interesse der Förderung der Arbeiten der Subkommission, am morgigen Mittwoch die Plenarsitzung anstellen solle.

Gegen den Vorschlag, den morgigen Tag tagungsfrei zu lassen, stimmten nur mit dem Abg. v. Pappenheim etwa 20 Konstantive und von der Rechten allein der Abg. Dr. Fietz (Vorfrh. Wpt.).

Darauf wurde die vorher unterbrochene Diskussion wieder aufgenommen.

Abg. Schreiner-Zier (Zentr.): Ich verweise speziell auf die Äußerungen der Handelskammern Koblenz und Zier, die ein Fortschreiten des wirtschaftlichen Niederganges für größere Teile des Rheingebietes befürchten, wenn die Vorteile der großen Wasserstraßen ihnen weiter vorenthalten würden. Die Frachtminderung kann wichtig nur als eine Etappe auf dem Wege zur Kanalisierung angesehen werden.

Minister v. Breitenbach: Gegenüber der Frage der Kanalisierung der Mosel und der Saar liegt die Majorität wohl noch fest auf dem alten Standpunkt, und auch die Regierung hat keine Veranlassung, von ihrer alten Auffassung abzuweichen. Die etwaigen Schäden, die das überflüssige Industriegebiet erleiden kann, sollen ja durch die Tarifermäßigungen für Erze und Koks ausgeglichen werden. Ich bin sehr überzeugt, daß wir, wenn wir das Staatsfernehaben in der geplanten Weise ausbauen, allen Ansprüchen des Verkehrs werden genügen können. Die Weiterentwicklung gegen eine Kanalisierung der Saar und der Mosel rein wirtschaftliche Bedenken an. Allerdings hat sie in zweiter Linie auch die finanzielle Seite mit in Betracht gezogen.

Abg. Dr. Zohlen (Zentr.): Man sollte auch die Kanalisierung der Lothar nicht außer Auge lassen.

Abg. Weerde (Natl.): Die Kanalisierung der Mosel ist eine zwingende Notwendigkeit geworden.

Unterstaatssekretär Dr. v. Coels von der Bräuggen: Das Projekt der Kanalisierung der Mosel wird einer einmütigen Prüfung zu unterziehen sein.

Abg. Rauener (Zentr.): Das Projekt des Rhein-Maas-Kanals, das schon von Friedrich dem Großen geplant wurde, ist für unser Wirtschaftsleben von eminenter Bedeutung. Ich bitte die Regierung dringend, dieses Projekt zu prüfen.

Unterstaatssekretär Dr. v. Coels von der Bräuggen: Die Hauptintervenien an dieser Kanalisierung liegen auf holländischem und belgischem Gebiet.

Abg. Müller-Meyer (Natl.): Durch den Rhein-Wefer-Kanal werden in meinem Wahlkreise (Verdenbrück-Wittlage) infolge

der Unterführung der dortigen Brücke die Meliorationen unterbunden.

Abg. Georhard (Zentr.): Ich möchte dem Minister anheimstellen zu erörtern, ob nicht in den Erlaubnisgesetzen der Umfang der Abgrubegebiete näher präzisiert werden kann.

Abg. Dr. Geigal (Natl.): Verlangte den Bau eines Handels- und Anlaufhafens an der Eschise in Deyersdorf, dem größten Markthafen Ostpreussens.

Abg. Göttsch-Sauerwald (Natl.): Ich möchte die Regierung bitten, der Frage der Errichtung eines Hafens in Schmalenagen an der Memel nachzutreten.

Abg. Lorenzen (Zentr.): Ich hoffe, daß in absehbarer Zeit die Verbindung des Rheins mit der Wefer und die dazu erforderliche Kanalisierung der Wefer in Angriff genommen wird.

Abg. Dr. Hauptmann (Zentr.): Es dürfte sich empfehlen, wenn eine Sammelstelle für die Urkunden über die Errichtung der Abgrubegebiete errichtet würde.

Unterstaatssekretär Dr. v. Coels von der Bräuggen: Die Regierung wird sich bemühen, nach Möglichkeit die bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen.

Abg. Graf v. Rantz (Natl.): Die Befürchtung von der Kanalisierung der Mosel und Saar einen großen Ausfluß an Eisenbahnmaßnahmen. Dazu würde noch eine Schädigung des anderen Großindustriegebietes kommen. Schließlich würde es auch zu einer verstärkten Abwanderung unserer inländischen Arbeiter nach den Industriegebieten führen.

Abg. v. Wolff-Meternich (Ztr.): Die Vorteile der Mosel- und Saarkanalisierung liegen außer Zweifel.

Abg. Dr. Gahn (Natl.): Seit langen Jahren besteht schon der Wunsch eines Röhrenkanals, der die Wefermündung mit der unteren Elbe verbinden würde.

Abg. Barfischer (Ztr.): Ein Teil meiner Freunde steht der Kanalisierung freudig gegenüber, aber wir erkennen nicht, daß dadurch Nachteile für die rheinisch-westfälische Industrie erzwungen werden.

Minister v. Breitenbach: Das von dem Abg. Gahn behandelte Kanalprojekt ist bisher noch nicht weiter gediehen, es bestehen dort große Interessensgegensätze, die bisher nicht ausgeglichen werden konnten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostpreußen, Pommern und an der Saar sprechen allerdings nicht für eine Ermäßigung der Eisenbahnkapazität, aber es wird ein Ausgleich angestrebt werden.

Abg. Dr. Wendlandt (Natl.): Die Kanalisierung der Wefer ist dringend zu wünschen.

Abg. Hoffmann (Soz.): Aus den Ausführungen des Grafen Rantz würde man wieder einmal die Angst herausgehören, daß die Zeit kommen würde, wo die Landarbeiter besser bezahlt werden.

Abg. Dr. Fietz (Vorfrh. Wpt.) hat, über die Lohnverhältnisse der Strombauarbeiter Auskunft zu geben und sie den Eisenbahnarbeitern gleichzustellen.

Abg. Göttsch-Sauerwald (Natl.): Durch die Frachtminderungen für Güterverkehr werden die Schiffe auf der Wefer schwer geladen. Unterstaatssekretär Dr. v. Coels von der Bräuggen: Die Regierung ist bereit, den Befürwortern nach Möglichkeit entgegenzukommen.

Die Ausgaben für die Wasserstraßen wurden bewilligt, es gleichen ohne Debatte der Rest des Ordinariums.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr: Weiterberatung. Schluß gegen 4 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

* Die neue Heeresvorsatz. Am Samstag an die Rede des Kaisers in Königsberg gingen mehrfach detaillierte Mitteilungen über die neue Heeresvorsatz durch die Presse. Wie uns mitgeteilt wird, handelt es sich bei diesen Mitteilungen ebenso wie bei der ersten Meldung lediglich um Kombinationen. Es sind bisher die mitgeteilten Fortsetzungen noch nicht amtlich festgestellt worden, sondern es wurden nur erst die Vorarbeiten zum Abschluß gebracht. Man kann erwarten, daß die neue Heeresvorsatz nicht vor Ende März ihre endgültige Fassung erhalten wird.

* Innerhalb: Die Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie macht darauf aufmerksam, daß die Sozialdemokratie in den letzten Gemeinderatswahlen wieder die relative Mehrheit errungen hat, die Stelle des Bürgermeisters von Wülhausen in „Worms“ ausgeübt hat. Man kann nur der dringenden Hoffnung Ausdruck geben, daß das zukünftige Bezirksparlament in Worms keine Wiederholung gegen ein derartiges Scheitern erleben werde.

* Die große Branntweinversteuerung gelegenheitlich der landwirtschaftlichen Woche am 18. Februar, vormittags 10 Uhr, findet nicht, wie zuerst mitgeteilt war, im Landeshause, sondern im Berliner Präsidiabgebäude, Leipzigerstraße 4, Eingang Vorderhaus, Mittelportal, statt. Unter dem Thema „Die Jugendpflege auf dem Lande als Braut- und Mädchenvereine“ werden die Vorträge gehalten über Brautvereine, Frauenhilfe, Frauenpflicht und Brautpflicht auf dem Lande von Frau von Scherwin-Sonow, Gräfin von Lippe-Ober-Schönfeld, Frau Oberamtmann Nicolai-Sammer und Pastor Feil-Sundhausen. Den Vorträgen folgen Exzellenz Gräfin von Scherwin-Sonow, Einladungen sowie Karten sind zu beziehen: Berlin N., Friedrichstraße 17, Bureau des Verbandes der evangelischen Jungfrauenvereine Deutschlands.

Ausland.

Ein englisch-russischer Geheimvertrag? Die halbamtliche Zeitung Daily News veröffentlicht den angeblichen Text eines Geheimvertrages zwischen England und Rußland, der durch den sinesischen Gesandten in London übermittelt worden sein soll. Danach erkannten die Vertragschließenden an, daß die Mongolei ein russischer, Tibet unter englischer Oberhoheit liege, und sicherten einander Hilfe zu für den Fall, daß China oder Rußland am Bau von Eisenbahnen der Urghobahn hindern wollte, beide vereinigt, würden Bahnbauten durch China, in der Mongolei und in Tibet und das Vorgehen einer dritten Macht in diesen Gebieten verhindern.

Ermondung des Präsidenten von San Salvador. Der Präsident Franjo von San Salvador wurde das Opfer eines Moranschlags. Er ist den Wunden, die er erlitt, bereits erlegen.

Die Luftschiffahrt.

Das Luftschiff „Ganja“ bewährt sich. Das in Potsdam stationierte Zeppelin-Passagier-Luftschiff „Ganja“ unternahm gestern seine 100. Fahrt und trugte in etwa 800 Meter Höhe in der Nähe der Stadt. Als das Luftschiff gerade über dem Heiligensee war, brach ein Wolkenbruch aus und die Fahrt wurde unterbrochen. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet.

Das Luftschiff „Ganja“ bewährt sich. Das in Potsdam stationierte Zeppelin-Passagier-Luftschiff „Ganja“ unternahm gestern seine 100. Fahrt und trugte in etwa 800 Meter Höhe in der Nähe der Stadt. Als das Luftschiff gerade über dem Heiligensee war, brach ein Wolkenbruch aus und die Fahrt wurde unterbrochen. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet.

Das Luftschiff „Ganja“ bewährt sich. Das in Potsdam stationierte Zeppelin-Passagier-Luftschiff „Ganja“ unternahm gestern seine 100. Fahrt und trugte in etwa 800 Meter Höhe in der Nähe der Stadt. Als das Luftschiff gerade über dem Heiligensee war, brach ein Wolkenbruch aus und die Fahrt wurde unterbrochen. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet.

Das Luftschiff „Ganja“ bewährt sich. Das in Potsdam stationierte Zeppelin-Passagier-Luftschiff „Ganja“ unternahm gestern seine 100. Fahrt und trugte in etwa 800 Meter Höhe in der Nähe der Stadt. Als das Luftschiff gerade über dem Heiligensee war, brach ein Wolkenbruch aus und die Fahrt wurde unterbrochen. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet.

Das Luftschiff „Ganja“ bewährt sich. Das in Potsdam stationierte Zeppelin-Passagier-Luftschiff „Ganja“ unternahm gestern seine 100. Fahrt und trugte in etwa 800 Meter Höhe in der Nähe der Stadt. Als das Luftschiff gerade über dem Heiligensee war, brach ein Wolkenbruch aus und die Fahrt wurde unterbrochen. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet.

Das Luftschiff „Ganja“ bewährt sich. Das in Potsdam stationierte Zeppelin-Passagier-Luftschiff „Ganja“ unternahm gestern seine 100. Fahrt und trugte in etwa 800 Meter Höhe in der Nähe der Stadt. Als das Luftschiff gerade über dem Heiligensee war, brach ein Wolkenbruch aus und die Fahrt wurde unterbrochen. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet.

Das Luftschiff „Ganja“ bewährt sich. Das in Potsdam stationierte Zeppelin-Passagier-Luftschiff „Ganja“ unternahm gestern seine 100. Fahrt und trugte in etwa 800 Meter Höhe in der Nähe der Stadt. Als das Luftschiff gerade über dem Heiligensee war, brach ein Wolkenbruch aus und die Fahrt wurde unterbrochen. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet.

Das Luftschiff „Ganja“ bewährt sich. Das in Potsdam stationierte Zeppelin-Passagier-Luftschiff „Ganja“ unternahm gestern seine 100. Fahrt und trugte in etwa 800 Meter Höhe in der Nähe der Stadt. Als das Luftschiff gerade über dem Heiligensee war, brach ein Wolkenbruch aus und die Fahrt wurde unterbrochen. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet.

Das Luftschiff „Ganja“ bewährt sich. Das in Potsdam stationierte Zeppelin-Passagier-Luftschiff „Ganja“ unternahm gestern seine 100. Fahrt und trugte in etwa 800 Meter Höhe in der Nähe der Stadt. Als das Luftschiff gerade über dem Heiligensee war, brach ein Wolkenbruch aus und die Fahrt wurde unterbrochen. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet.

Das Luftschiff „Ganja“ bewährt sich. Das in Potsdam stationierte Zeppelin-Passagier-Luftschiff „Ganja“ unternahm gestern seine 100. Fahrt und trugte in etwa 800 Meter Höhe in der Nähe der Stadt. Als das Luftschiff gerade über dem Heiligensee war, brach ein Wolkenbruch aus und die Fahrt wurde unterbrochen. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet. Die Besatzung wurde durch die Hilfe der Luftschiffahrtsgesellschaft in Potsdam gerettet.

